



20. August 2013

## Gerechtigkeit in Guatemala - ein Neuanfang

### Die wichtige Rolle der Gewerkschaften beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft

Eine hochkarätig besetzte internationale Delegation führender Gewerkschaftsmitglieder hat von dem Präsidenten Guatemalas die feste Zusage erhalten, dass er sich öffentlich für den Schutz von Gewerkschaftsmitgliedern einsetzen wird, deren Leben bedroht ist. In gleicher Weise will Präsident Molina Respekt und Anerkennung für die wichtige Rolle der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft einfordern.

Präsident Otto Pérez Molina bezieht eindeutig Stellung: „Es ist beschämend, dass Guatemala für Gewerkschaftsmitglieder inzwischen das gefährlichste Land der Welt ist.“

Rosa Pavanelli, Generalsekretärin der internationalen Branchengewerkschaft Public Services International, die diese Informationsreise organisiert hatte, erklärte gegenüber dem Präsidenten und den Ministern für Arbeit, Gesundheit und Inneres, dass „die Verteidigung der Rechte unserer Gewerkschaftsmitglieder in Guatemala zu unseren Top-Prioritäten zählt und dass dies auch so bleiben wird, bis sich die Lage für GewerkschafterInnen und Beschäftigte in diesem Land verbessert. Hier besteht allerdings noch erheblicher Handlungsbedarf. Nicht eine einzige Person ist bisher im Zusammenhang mit den in den letzten Jahren ermordeten 58 GewerkschaftsführerInnen vor Gericht gestellt und verurteilt worden.“

„Wir müssen leider das vollständige Fehlen von Rechtsstaatlichkeit konstatieren“, so Pavanelli weiter. „Das bedeutet, dass nur die Macht des Stärkeren zählt und der Arbeitnehmer deshalb niemals eine Chance hat. Der Staat ist nicht in der Lage, seine BürgerInnen zu schützen und zu unterstützen. Damit wird er zum Komplizen der Verbrecher, die jeden Tag in diesem Land Straftaten begehen. Diese Rechtsverweigerung ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.“

Pavanelli wies ebenfalls auf die alarmierend hohe Zahl der Morde an Frauen hin. Frauenorganisationen berichten, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Guatemala 412 Frauen getötet wurden. Gleichzeitig wurden in der offensichtlich pervertierten Anwendung eines im Grundsatz gut gemeinten Gesetzes gegen Frauenmorde und Gewalt gegen Frauen 30 Mitglieder einer Gesundheitsgewerkschaft zu Haftstrafen verurteilt. Dabei ging es um Todesfälle von PatientInnen aufgrund fehlender Medikamente und um andere beklagenswerte Zustände und Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen des Landes.

„Damit wird ein gutes Gesetz nicht für den Schutz von Frauen verwendet, sondern für Angriffe auf GewerkschaftsaktivistInnen. Wir sorgen dafür, dass diese Praktiken als Teil einer internationalen Kampagne für das Ende der Gewalt gegen Frauen publik gemacht werden“, versprach Pavanelli.

„Die Kriminalisierung sozialer Konflikte und die Erstellung schwarzer Listen mit unliebsamen Gewerkschaftsmitgliedern müssen aufhören.“ Wir fordern die Zusage, mit konstruktiven Kollektivverhandlungen im öffentlichen Sektor zu beginnen. Wir fordern die Umsetzung von Kollektivvereinbarungen, die unterzeichnet wurden, aber in der Praxis nicht angewendet werden. Wir kritisieren ebenfalls die weit verbreitete Praxis, Dienstleistungen auszulagern und nur noch kurzfristige

Arbeitsverträge abzuschließen. Dies führt zu weiteren Ungleichheiten am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft in einem Land mit einer der ungerechtesten Gesellschaften weltweit.

Die Delegation hat die Regierung ebenfalls aufgefordert, das Mandat der Spezialeinheit des Generalstaatsanwalts zur Untersuchung der Verbrechen gegen Gewerkschaftsmitglieder zu erweitern und zu stärken.

„Es ist die Politik unserer Regierung, die Gewerkschaftsrechte und somit auch das Recht auf Vereinigungsfreiheit zu respektieren“, sagte dazu der Präsident Guatemalas. „Wir befürworten Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder nicht und

**media release... communiqué de presse... comunicado de prensa...**

Die Internationale der Öffentlichen Dienste ist eine internationale Branchengewerkschaft und vertritt 20 Millionen Beschäftigte, die wichtige öffentliche Dienste in 150 Ländern erbringen. Die IÖD setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fordert den universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten. Die IÖD arbeitet mit den Vereinten Nationen und partnerschaftlich mit Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und anderen Organisationen zusammen.

verfolgen auch keine gegen die Gewerkschaften gerichtete Politik."

Abgesehen von dem Hauptproblem der Straffreiheit für die Täter hat die Delegation ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Regierung Guatemalas dem Kongress ein Paket mit Reformvorschlägen für das Arbeitsrecht vorgelegt hat, die selbst den bisher noch vorhandenen rudimentären Schutz der ArbeitnehmerInnen im Land ad acta legen würden. Die Delegation forderte die Regierung nachdrücklich auf, statt dessen gegen die prekären Beschäftigungsverhältnisse vorzugehen und integrative Maßnahmen zu fördern, um die Diskriminierung von Frauen, jungen Menschen und indigenen ArbeitnehmerInnen zu verringern. Die Delegation ging auch auf die Aufgabe der Regierung ein, die Anwendung der Arbeitsgesetze zu verbessern und Aufklärungsarbeit zu Themen wie Vereinigungsfreiheit und anderen Arbeitnehmerrechten zu leisten sowie auf mögliche Sanktionen der Arbeitsaufsichtsbehörden hinzuweisen.

**Pavanelli stellte fest, dass als Ergebnis der Treffen der Delegation mit zahlreichen Behörden in der letzten Woche einige spontane Fortschritte erzielt werden konnten.**

Dora Regina Ruano, die zum Führungszirkel der Gesundheitsgewerkschaft SNTSG gehört, erhielt vom Präsidenten die Zusage, dass er in einem schriftlichen Memo alle Krankenhausdirektionen auffordern werde, bei Rekrutierung und Einsatz von Gesundheitsfachkräften auf gängige Praktiken wie Korruption und willkürliche politische Einflussnahme nach den Launen von Kongressmitgliedern und BürgermeisterInnen zu verzichten. Weiterhin werde der Präsident gemeinsame Arbeitskreise von Arbeitgebern und Gewerkschaften auffordern, mit konstruktiven Diskussionen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Einführung bester Praktiken in allen Distrikten des Gesundheitswesens zu beginnen. Ruano stellte fest, dass sich die Gesundheitsindikatoren in den wenigen Distrikten mit gemeinsamen Arbeitskreisen ohne politische Einflussnahme bereits verbessert hätten.

Der Generalstaatsanwalt Guatemalas hat sich bereit erklärt, im Rahmen eines Treffens mit der SNTSG eine Liste mit 221 Namen von Gewerkschaftsführerinnen und prominenten Gemeindemitgliedern zu prüfen, die bedroht worden sind, sowie neue Beweisaufnahmen in Mordanschlägen anzuordnen, denen der bekannte Gewerkschaftsführer Carlos Hernandez Mendoza, die in einer Krankenhausküche beschäftigte Santa Alvarado und die Generalsekretärin der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten von La Nueva Concepción, Kyra Zulueta, im März 2013 zum Opfer gefallen waren.

Das Büro des Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte will Schulungen für PSI-Mitglieder anbieten, damit diese Drohungen und Angriffe gegen GewerkschafterInnen effektiver dokumentieren und anzeigen können.

Delegationsmitglieder aus Argentinien, Brasilien, Mexiko, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Belgien und den Vereinigten Staaten informieren im Rahmen von Anschlussmaßnahmen ihre jeweiligen Regierungen über Probleme mit Arbeitsgesetzen besonders im Zusammenhang mit Handelsabkommen zwischen Guatemala und der Europäischen Union sowie den Vereinigten Staaten. PSI wird sich Ende September mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments treffen und die Forderung stellen, dass es für Guatemala nur dann einen besonderen Handelsstatus geben darf, wenn die Verantwortlichen für die Morde strafrechtlich belangt werden und internationales Gewerkschaftsrecht umfassend respektiert wird.

Pavanelli wies in ihrer Präsentation vor der gewählten politischen Führung Guatemalas darauf hin, dass „die Erfahrungen in anderen lateinamerikanischen Ländern wie Uruguay, Argentinien, Brasilien und jetzt auch Kolumbien zeigen, dass die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften beträchtliche Fortschritte für den Frieden und den sozialen Dialog bringt und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens der BürgerInnen ermöglicht.“

Sie forderte ebenfalls, dass „zur Finanzierung der für die Entwicklung eines Landes unverzichtbaren öffentlichen Dienste wie Gesundheitsversorgung und Bildung ein gerechtes Steuersystem etabliert werden muss, damit die Reichen ihren fairen Anteil tragen und die Armen nicht durch regressive Steuern belastet werden.“

Pavanelli erklärte abschließend: „Wir fordern von Ihnen einen Kulturwechsel - Veränderungen, die das Land wachsen und blühen lassen. Die Durchsetzung bester Praktiken im öffentlichen Sektor ist ein wichtiger Teil dieser Aufgabe. Öffentlich-öffentliche Partnerschaften sollten gefördert werden, um die Wasserversorgung und die Abwasserreinigung sowie die Energieversorgung zu verbessern. Die Bekämpfung der Korruption in der gesamten Wirtschaft muss als Priorität angesehen werden.“

„Wir fordern die Respektierung des Rechts auf Leben. Die Regierung muss erkennen, dass es in diesem Land eine gewerkschaftsfeindliche Kampagne gibt, und sie muss die Straffreiheit der für die Morde verantwortlichen Personen beenden. Es ist ein ganzheitliches Modell für einen effektiven Sozialdialog möglich, der internationale Arbeitsnormen und Menschenrechte respektiert.“

PSI wird im März 2014 an einer großen Regionalkonferenz der PSI-Mitglieder teilnehmen und die Regierung um einen Fortschrittsbericht darüber bitten, welche Erfolge bei der Strafverfolgung, der Umsetzung von Kollektivvereinbarungen und der Aufnahme eines effektiven sozialen Dialogs erzielt werden konnten.

*ENDE*